Nr. 113 1. Ausgabe

Sonnabend, 1. Mai 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13525, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundpreis, 22 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 62 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 50 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 50 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Statt Notenwechsel mündliche Verhandlungen

Die Konferenz von San Remo hat eine Atmosphäre geschaffen, die einer wirtschaftlichen Annäherung der feindlichen Länder zweifellos günstig ist. Das zeigt sich nicht nur dadurch, daß der deutsche Reichskanzler eine Einladung zu der Konferenz der Alliierten in Spa erhalten hat, sondern es wird noch deutlicher durch den bemerkenswerten Erfolg, den der Vorsitzende der deutschen Delegation in Paris kurz nach der Rückkehr Millerands nach der französischen Hauptstadt zu verzeichnen hat. Es gelang dem Ministerialdirektor Göppert in seiner ersten Unterredung mit dem aus San Remo zurückkehrenden französischen Ministerpräsidenten, diesem von der Notwendigkeit mündlicher Beratungen mit deutschen Sachverständigen über die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu überzeugen. Diese Aussprache, in der wir einen bedeutenden Schritt zur Besserung unseres Einvernehmens mit unsern westlichen Nachbarn erblicken können, wird, wie die folgende Depesche hoffen läßt, in nächster Zeit stattfinden:

× **Paris, 29. April. In der heutigen Sitzung des Senats teilte der Ministerpräsident Millerand mit, der Vorsitzende der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz, Ministerialdirektor Göppert, habe ihm erklärt, daß die deutsche Regierung der französischen einen Meinungsaustausch unter deutschen und französischen Sachverständigen in wirtschaftlichen Fragen vorschlage, die alle Angelegenheiten besprechen sollen, die den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern betreffen. Er habe den Vorschlag der deutschen Regierung angenommen und erklärt, daß der Handelsminister in kürzester Zeit einen französischen Delegierten für die vorgeschlagene Konferenz ernennen werde.**

In dieser Unterredung wurden aber, wie es scheint, noch mehr Dinge zur Sprache gebracht, als die obenerwähnte Handelsfrage. Nach einer Meldung aus Bern teilt nämlich der „Petit Parisien" mit, Göppert habe in der Unterredung auch darauf hingewiesen, daß die Truppen im Ruhrgebiet auf 17 500 Mann herabgesetzt worden, und drückte die Hoffnung aus, daß infolgedessen die französischen Truppen bald aus Frankfurt a. M. zurückgezogen würden. Millerand teilte daraufhin dem deutschen Vertreter die Erklärungen mit, die er in der Kammer abgeben würde, und machte ihn mit der Entscheidung der Alliierten bekannt, die sie in San Remo getroffen haben. Darauf hielt es Göppert nicht mehr für nötig und angebracht, Millerand eine Note zu überreichen, die er für ihn vorbereitet hatte. — Von einer solchen Note ist nichts bekannt, auch kann ihr Zweck nach den deutlichen Erklärungen in San Remo nicht eingesehen werden. Es ist daher wohl möglich, daß sie nur in der Phantasie des ohnehin nicht allzu zuverlässigen „Petit Parisien" besteht, der den

Erklärungen Millerands in der Kammer

dadurch vielleicht noch ein besonderes Gewicht zu verleihen glaubt. Ueber diese Aussprache haben wir gestern schon kurz berichtet. Heute sei noch folgendes nachgetragen: Millerand erklärte über das Ergebnis der Konferenz in San Remo vor der französischen Kammer unter anderm: Der türkische Vertrag sei in seinen Grundlinien fertiggestellt. Die Türken blieben in Konstantinopel. Präsident Wilson sei aufgefordert worden, zu veranlassen, daß Amerika den Schutz über Armenien übernehme oder die Grenzen des neuen Staates festsetze. England habe das Mandat über Mesopotamien und Palästina, Frankreich ein Mandat über Syrien erhalten.

Ministerpräsident Millerand ging alsdann auf die Verhandlungen von San Remo in bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles ein und erinnerte an das deutsche Verlangen, Truppen in der neutralen Zone zu erhalten. Darauf habe die Konferenz durch einen Brief geantwortet, dessen Inhalt er dahin erläuterte: Das Gebiet von

Frankfurt und Darmstadt wird geräumt werden,

sobald die interalliierten Kommissionen festgestellt haben, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone auf den Stand zurückgebracht worden sind, wie er in dem Abkommen vom 8. August 1919 festgelegt wurde. Die Berechnung erfolgt aber nach Effektivbestand und nicht nach dem Effektivbestand. Dadurch wird Deutschland zurückgeführt auf den Geist und den Buchstaben des Abkommens. Bis zum 10. Mai können die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone die sein, die das Augustabkommen vorsieht. Am 10. Juni muß deren Zahl um die Hälfte verringert werden. Deutschland hat aber das Recht, die Hälfte der vorgesehenen Polizeistreitkräfte in die neutrale Zone einzuführen. Am 10. Juli müssen alle militärischen Kräfte die neutrale Zone geräumt haben. Die deutsche Regierung hat dann das Recht, 10 000 Mann Polizeitruppen zu unterhalten. Die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten in San Remo stattfanden, haben zum Grundsatz gehabt:

Erstens, daß jeder Gedanke, den Friedensvertrag von Versailles zu revidieren, formell ausgeschlossen werden müsse.

Zweitens, daß, bevor man sich mit den Deutschen verständige, die Alliierten in vollkommenster und gewissenhaftester Weise darüber einig seien, was sie von den Deutschen verlangen wollten, nicht nur, was die formellen Dispositionen des Vertrags anbetreffe, die sich wie die militärischen und gewisse Wiedergutmachungsklauseln selbst genügten, sondern auch über die Klauseln betreffend die Entschädigung, deren Höhe in gemeinsamem Interesse schnellstens bestimmt werden müsse.

Die dritte Bedingung ist gewesen, daß, bevor der Grundsatz einer Begegnung mit dem Chef der deutschen Regierung angenommen wurde, die Alliierten einig waren über die Zwangsmaßnahmen, die man eventuell anwenden werde.

Im Laufe der Verhandlungen sei eine gewisse Beunruhigung laut geworden, auf die er geantwortet habe, daß die französische Regierung, das Parlament und das Volk einig seien darin, daß es nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Dummheit wäre, an eine neue Annexion deutschen Gebietes zu denken. (Lebhafter Beifall.)

Paris scheint über diese letzte Sensation, die Konferenz von San Remo und ihre Bedeutung für den Friedensvertrag, rasch hinweggekommen zu sein. Denn wie gemeldet wird, sind die Erörterungen über die Verhandlungen bereits wieder verstummt. Dagegen setzt schon die Stimmungsmache für Spa ein:

ITA. **Köln, 30. April.** (Eig. Drahtbericht.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Paris: Die Betrachtungen der französischen Presse über das Ergebnis der Verhandlungen in San Remo sind aus der ersten Nachrichtenquelle verständlich. Man findet noch in einzelnen Blättern Aeußerungen, auf die man hinweisen muß. So bemüht sich seit gestern die ausländische Politiker der „Action Française", in den Blättern Stimmung dafür zu machen, daß die Konferenz von Spa dazu benutzt wird, um den Trennungsgedanken in Deutschland zu verstärken. Jacques Bainville will namentlich, daß außer den deutschen Ministern noch die Minister von Bayern und Württemberg eingeladen werden sollen. Er meint, wenn Kanzler Müller erscheine, dann dürfe auch Herr v. Kahr nicht fehlen. Außerdem rät er dafür ein, daß auch die Länder mit kleineren Interessen zu den Verhandlungen zugezogen werden. Er meint damit Belgien und Polen, an denen Frankreich ein erhebliches Interesse habe.

⊕ **Berlin, 30. April.** (Eigener Drahtbericht.) **Die Chefs der Ententekommissionen sind auf telegraphische Anordnung des alliierten Rates gestern abend nach Paris abgereist. Sie folgen damit dem französischen Geschäftsträger, der gleichfalls zur Berichterstattung nach Paris berufen wurde und bereits am Dienstag früh aus Berlin abgereist ist.**

Diese Einberufung der Ententevertreter aus Berlin nach Paris steht zweifellos im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Konferenz von Spa, auf der sich entscheiden soll, wie stark wir mit Entschädigungsabgaben belastet werden sollen und inwieweit man uns Bewegungsfreiheit gewähren will, für unsern inneren, vor allem notwendigen Wiederaufbau. Wir haben keine übertriebenen Hoffnungen, im Gegenteil, wir wissen, daß auch in Spa unser neue Kränkungen harren, aber trotzdem glauben wir heute mehr als je zuvor an den Beginn einer besseren Zeit im Leben der Völker untereinander. Was den wohllosen Noten nicht gelang — ein Gefühl für gemeinsame Menschheitsinteressen zu wecken —, muß dem mündlichen Meinungsaustausch gelingen.

•

Das Programm der Konferenz in Spa

⊕ **Genf, 30. April.** (Eig. Drahtbericht.) **Der erste Havas-Bericht über das Programm der Alliierten-Konferenz in Spa, an der Deutschland eingeladen wurde, ist am Donnerstag ausgegeben worden. Danach wurde auf die Tagesordnung in Spa gesetzt die Wiederherstellung der finanziellen Sicherung für die Zahlungen Deutschlands an die Entente und die Frage der deutschen Wehrmacht. Der Havas-Bericht bestätigt, daß Deutschlands Vertreter nicht den Beratungen und Beschlüssen beiwohnen werden, sondern daß sie lediglich das Recht haben, in allen Fragen gehört zu werden, die die Alliierten in Spa entscheiden wollen. — „Journal des Débats" meldet: Nach seiner Rückkehr aus San Remo gab Millerand den Pressevertretern wichtige Erklärungen ab. Er bezeichnete die Besprechungen mit deutschen Vertretern in Spa als die Fortsetzung der Politik der Alliierten gegen Deutschland. Nicht ein Entgegenkommen gegen Deutschland bedeute die Einladung deutscher Delegierter nach Spa, sondern nur eine weitere Sicherung für die Alliierten, daß ihre Forderungen von Deutschland bis auf den letzten Buchstaben erfüllt würden.**

•

Zur Schiffsabgabe

WTB. Berlin, 29. April. Die Reparationskommission hat auf die am 14. April an sie gerichtete Note der Deutschen Regierung folgende Antwort erteilt:

„Wir haben die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 14. d. M. zu bestätigen, in dem Sie mitteilen, daß die Deutsche Regierung einen weiteren Antrag bei der Reparationskommission dahin zu stellen beabsichtigt, daß das Verfügungsrecht über eine gewisse Anzahl von Schiffen, die nach den Wiedergutmachungsbestimmungen des Friedensvertrages abzuliefern sind, Deutschland belassen bleibt; zugleich wird weiteres Material zur Begründung dieser Forderung in Aussicht gestellt.

Wir haben die Ehre, Ihnen in Erinnerung zu bringen, daß nach Beratung des bereits vorher übermittelten Memorandums die Reparationskommission Vertreter der Deutschen Regierung am 20. März in der Angelegenheit gehört hat, wobei diesen Gelegenheit gegeben wurde, das in dem Memorandum enthaltene Material zu erläutern. Die formelle Entscheidung der Kommission wurde der Deutschen Delegation am 20. März mitgeteilt.

Wir müssen betonen, daß, obwohl jetzt über drei Monate seit Inkrafttreten des Friedensvertrages verflossen sind, noch nicht ein Fahrzeug während dieser Zeit von der Deutschen Regierung abgeliefert worden ist, und Ihnen mitteilen, daß es der Reparationskommission nicht möglich ist, irgendwelche weiteren Anträge in Erwägung zu ziehen, bis eine zufriedenstellende Menge Tonnage tatsächlich abgeliefert worden ist.

Wir müssen ebenso daran erinnern, daß, wie in dem Schreiben der Kommission vom 20. Januar bereits erwähnt, von dem Zeitpunkt an, wo die Schiffe nach dem Friedensvertrag hätten abgeliefert sein müssen, bis zu dem Tage ihrer tatsächlichen Abgabe von der Deutschen Regierung Miete zu zahlen sein wird."

Hierauf hat die Deutsche Regierung folgendes erwidert:

„Die Deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note vom 21. April zu bestätigen. Sie legt Wert darauf, noch einmal darauf hinzuweisen, daß deutscherseits sofort alle Vorbereitungen mit größtem Nachdruck getroffen worden sind, um die Ablieferung der Schiffe entsprechend den in London übernommenen Verpflichtungen zu bewirken, daß aber die Ueberführung der abzuliefernden Schiffe nach dem Firth of Forth auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt.

Die Deutsche Schiffahrtsdelegation hatte bereits in London dem Maritime Service gegenüber betont, daß ihr die Erfüllung der Verpflichtung, welche sie übernehmen mußte, praktisch nahezu undurchführbar erscheine, da die Frage der Bebunkerung und Bemannung der Schiffe schwer lösbar sei. Auch der deutsche Ablieferungskommissar in Hamburg hat dem alliierten Vertreter, der mit der Uebernahme der Schiffe betraut ist, auf die Schwierigkeiten täglich hinweisen müssen.

Es ist gleichfalls gelungen, den Dampfer „Bielefeld" vor zwei Tagen noch dem Firth of Forth abgehen zu lassen. Außerdem ist eine größere Anzahl Schiffe fertiggemacht. Die deutsche Regierung hofft, deren Ueberführung in den nächsten Tagen bewirken zu können. Die Reparationskommission wird hiervon entnehmen, daß es deutscherseits nicht an gutem Willen fehlt, den Verpflichtungen des Friedensvertrages nachzukommen, daß aber das deutsche Volk mit Bestimmtheit erwartet, nicht durch Wegnahme des letzten Schiffes seitens der Reparationskommission wirtschaftlich völlig zerrüttet zu werden.

Die deutsche Regierung wird sich beehren, das in ihrer Note vom 14. April in Aussicht gestellte weitere Material zur Begründung ihres Ersuchens um Belassung von Schiffsraum in den nächsten Tagen der Reparationskommission zuzuleiten."

Wie wir hören, ist die zweite Denkschrift bereits fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen der Reparationskommission übermittelt werden.

•

Französische Maßnahmen in Frankfurt

w. **Frankfurt a. M., 30. April.** (Eigener Drahtbericht.) Während bisher Reisende, die nach der Polizeistunde im Frankfurter Hauptbahnhof ankommen waren, die ganze Nacht bis 5 Uhr morgens, bis zum Ende der Sperre, dort bleiben mußten, hat jetzt die französische Behörde erlaubt, daß Reisende, die nach der Sperrstunde hier ankommen, mit einem Nachtausweis versehen, sich in die Stadt begeben können. Im Hauptbahnhof ist ein besonderes Bureau zur Ausfertigung der Nachtausweise eingerichtet worden. Die Reisenden haben sich zunächst an die deutsche Bahnhofspolizei zu wenden und werden dann dem französischen Wachtlokal zugeführt. — Der Polizeipräsident gibt bekannt, daß trotz des Verbots der französischen Behörde den Truppen höhere Preise abverlangt werden und daß die Bestimmung, daß überall ein Preisverzeichnis ausgehängt werden muß, nicht befolgt wird. Die französische Behörde droht nun mit strengen Strafen, wenn diese Bestimmung nicht sofort eingehalten wird.

Militärische Aktion südlich der Ruhr

⊕ **Hannover, 30. April.** (Eig. Drahtbericht.) Der Vormarsch der Regierungstruppen in das Gebiet südlich der Ruhr hat heute mittag um 12 Uhr begonnen. Er hat gleichzeitig auf den Linien Hattingen, Mülheim, Duisburg und der Richtung Remscheid eingesetzt.

⊕ **Hagen, 30. April.** (Eig. Drahtbericht.) Anläßlich des Einmarsches der Regierungstruppen in das südliche Ruhrgebiet ist für den 2. Mai eine Konferenz der radikalen Gewerkschaftler des südlichen Ruhrreviers nach Remscheid einberufen, um zu dem Einmarsch Stellung zu nehmen. Es besteht in bestimmten Gewerkschaftskreisen die ernstliche Absicht, die Arbeiterschaft zum Proteststreik aufzurufen. Nach einer Bekanntgabe in der gestrigen Abendsitzung der Gewerkschaften hat der Militärkommandant die Vollmacht des Reichspräsidenten zur Einsetzung von außerordentlichen Kriegsgerichten, auch südlich der Ruhr, erhalten.

Rückkehr aus der Haller-Armee

+ **Kattowitz, 30. April.** (Eig. Drahtbericht.) Gestern nachmittag überschritten, wie die „Oberschles. Morgenzeitung" meldet, mehrere hundert deutsche Kriegsgefangene die deutsche Grenze bei Myslowitz. Die Leute hatten sich seinerzeit in Frankreich zur Haller-Armee gemeldet, um dann schneller in die Heimat kommen zu können. Der Grenzübertritt der Truppen, die bis jetzt von den Polen zurückbehalten worden waren, vollzog sich ohne jede Zwischenfälle. Durch die Uniformierung der Soldaten, die noch die Kleidung der Hallerschen Truppen trugen, war allenthalben in Oberschlesien das irrige Gerücht verbreitet, daß polnische Truppen die deutsche Grenze überschritten.

Die Versorgung der Baltikum- und Ehrhardt-Truppen

Der Preußische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun hat sich zu einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes" wie folgt geäußert:

„Nach mir zugegangenen Nachrichten befinden sich unter den im Münsterlager versammelten Baltikum- und Ehrhardt-Truppen zahlreiche Männer, die, des Landsknechtslebens überdrüssig, Sehnsucht nach friedlicher wirtschaftlicher Betätigung auf eigener Scholle haben, sich indes in der früher in ihnen geweckten Hoffnung auf Ansiedlung bitter enttäuscht fühlen. Ich habe daher den Gedanken aufgenommen, diese Männer Kultivierungsarbeiten auf staatlichen Mooren und entbehrlich gewordenen Truppenübungsplätzen zuzuführen, und ihnen die Aussicht auf Ansiedlung auf diesen von ihnen kultivierten Flächen und auf den noch immer in den Händen der Remonteverwaltung befindlichen, für Remontezwecke aber längst nicht mehr benötigten preußischen Staatsdomänen zu eröffnen.

Vorbedingung für das Gelingen des Planes ist, daß die Reichsregierung aus Kriegsbeständen die noch erforderlichen Baracken und Geräte sowie die Uebungsplätze und Domänen, um deren Herausgabe zur intensiven landwirtschaftlichen Nutzung ich mich bereits seit einem Jahre erfolglos bemühe, nunmehr sofort freigibt und das Unternehmen finanziell unterstützt. Preußisch fiskalisches Moor- und Oedland steht zur Verfügung.

Das ganze Unternehmen darf keinen militärischen Charakter tragen, auch dürfen die Leute nicht, wie es bisher mit den Baltikumtruppen in Pommern geschehen ist, unter Leitung ihrer Offiziere, zum Teil bewaffnet, ihrem neuen Wirkungskreis zugeführt werden. Das Unternehmen muß, sollen Enttäuschungen ausbleiben, unter die Leitung von Männern gestellt werden, die in der Moor- und Oedlandkultur sowie im Siedlungswesen Erfahrung haben, zudem muß es in enger Verbindung mit der landwirtschaftlichen Verwaltung durchgeführt werden. Auch muß schnell und frei von allen ressort- und instanzenmäßigen Hemmungen gearbeitet werden.

Zerfall der Koalition in Sachsen

Abgeordneter Kühn Innenminister

Am Donnerstag haben im Ständehaus Sitzungen der demokratischen und der sozialdemokratischen Kammerfraktionen stattgefunden, die sich mit der Neubildung des Kabinetts beschäftigten. Die sozialdemokratische Fraktion hat in Uebereinstimmung mit der Landeskonferenz der S. P. D. in Meißen den Dresdner Stadtrat Buck, den ehemaligen Minister für Kultus und öffentlichen Unterricht, zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Sie hat weiter als Minister des Innern den Kammerangeordneten Otto Kühn in Vorschlag gebracht, der sich zur Annahme des Amtes bereit erklärt hat. In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen, in der die politische Lage eingehend besprochen wurde, haben sich die Demokraten mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt, und man beschloß, im Interesse des Staates an der bisherigen Koalition unter voller Wahrung der programmatischen Selbständigkeit beider Fraktionen festzuhalten. Ueber die von dem neuen Ministerpräsidenten einzuschlagende Politik, über deren Grundlagen Uebereinstimmung erzielt wurde, wird sich dieser nach der vollzogenen Wahl in der Kammer aussprechen. Wahrscheinlich ist, daß die übrigen Mitglieder der bisherigen Regierung wieder in ihre alten Aemter berufen werden.

Kurz vor den Beratungen der Fraktionen waren starke Zweifel an dem Fortbestand der Koalition aufgetaucht. Anlaß dazu bot ein im „Dresdner Anzeiger" veröffentlichter Artikel des demokratischen Vizepräsidenten der Kammer Dr. Dietel, der der Meinung Ausdruck gab, daß die Zusammensetzung des sächsischen Parlamentes nicht mehr der politischen Situation im Lande entspreche. Nur auf Grund von sofortigen Neuwahlen könne die Situation geklärt und eine tragfähige Regierung gebildet werden. Unterstützt wurde der Artikel — natürlich nicht parteiamtlich — durch Auslassungen Dr. Dietels durch einen Vertreter des Hauptausschusses des Vereins der Demokratischen Partei in Zwickau, der gleichfalls sofortige Neuwahlen, mindestens aber das Durchsetzen der Forderung verlangte, daß die sozialdemokratische Fraktion von der Durchführung der bekannten elf Punkte abstehe. Diese Parteiinterna, die vielleicht besser zunächst vertraulich behandelt worden wären, haben über Gebühr Aufsehen erregt. Von einem Mitglied der demokratischen Fraktion wird uns dazu folgendes verantwortlich mitgeteilt: Der Artikel des Vizepräsidenten Dr. Dietel über Auflösung der sächsischen Volkskammer ist vielfach dahin verstanden worden, daß Dr. Dietel Gegner der Koalition zwischen den Mehrheitsparteien sei und besonders für die Zukunft das Zusammenwirken beider Parteien in Sachsen bekämpfe. Dieser Meinung hat Dr. Dietel nicht Ausdruck geben wollen, sondern er ist lediglich persönlich für eine zeitige Neuwahl eingetreten. — Jedenfalls hat sich der demokratische Parteiausschuß mit starker Mehrheit gegen den Plan der Kammerauflösung, für die Fortführung der Koalitionspolitik und für Neuwahlen im Herbst ausgesprochen aus schwerwiegenden Gründen, denen wir nur zustimmen können.

Natürlich sprechen, ganz formal betrachtet, manche Gründe für die Ausschreibung von Kammerneuwahlen. Sehr vermutlich entsprechen die politischen Kräfteverhältnisse im Lande nicht mehr der Zusammensetzung der Volkskammer. Jedoch, recht besehen, wird kaum jemals ein Parlament, das doch stets auf einige Dauer gewählt wird, vollkommen das Spiegelbild der Parteigruppierung im Lande sein. Der ideale Fall wird annähernd nur im Augenblick der Wahl erreicht. Sowie das Parlament seine Tätigkeit aufnimmt und die ersten Beschlüsse faßt, setzt die Kritik ein, die im weiteren Verlauf zu gewissen Verschiebungen in den Parteiverhältnissen führt. Ob beim Rücktritt des Kabinetts Gradnauer die Dinge so lagen, daß eine Auflösung der Kammer notwendig schien? Wenn parteipolitische Gründe allein maßgebend wären, müßte man diese Frage allerdings bejahen. Staatspolitisch betrachtet, wäre die Auflösung der Kammer ein schwerer Fehler gewesen. Der Vorwurf einer — wie sich dann gezeigt hat — gar nicht besonders festen Gruppe in einer der Koalitionsparteien, nur gegen zwei ihrer Minister gerichtet, führte verfassungsmäßig zur Demission des Gesamtkabinetts. Ein Vorgang innerhalb einer Partei hatte staatspolitische Folgen, die jedoch — nachdem sich die Angelegenheit deutlich als eine Palastrevolution charakterisiert hatte — von den Koalitionsparteien, namentlich von den an und für sich ganz unbeteiligten Demokraten in ihrer Wirkung im Interesse des Staates eingedämmt werden mußten. Das ist geschehen, indem man von maßgebender demokratischer Seite auf die Verfassung hinwies, die eine unmittelbare Einflußnahme von Parteiklüngeln und sonstigen unverantwortlichen Instanzen auf die Regierung bekanntlich ausschließt. Auch der von den Sozialdemokraten vorgeschlagene neue Ministerpräsident Buck hat deutlich erklärt, daß er auf diesem, dem verfassungsmäßigen Standpunkt steht. Damit aber war die Wirkung des ungesetzmäßigen Unternehmens der „Chemnitzer Richtung" in der sozialdemokratischen Partei auf diese Partei beschränkt, und die Demokraten konnten insoweit kein Hindernis sehen, an der Koalition festzuhalten.

Die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen wäre indessen auch darum verfrüht gewesen, weil eine Anzahl wichtiger Gesetze, so das neue sächsische Staatsgrundgesetz, der Etat und vor allem das neue Besoldungsgesetz unbedingt noch von der Volkskammer verabschiedet werden müssen. Daneben sprechen auch noch technische Gründe gegen die von einigen befürwortete Zusammenlegung der Wahltermine der Reichstags- und der Landtagswahl.

Was die Stellung der Demokraten zu den bekannten elf Forderungen der sozialdemokratischen Parteiinstanzen angeht, so sind wir der Meinung, daß auch diese Forderungen — zunächst wenigstens — eine reine Parteiangelegenheit bedeuten, zu einer Staatsangelegenheit werden sie erst dann, wenn entsprechende Anträge der sozialdemokratischen Fraktion in der Kammer vorliegen. Die demokratische Fraktion hat ihre Entscheidung in der Frage der Kabinettsbildung so getroffen, wie zu erwarten war. Ihr mußte die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese nach wie vor auf dem Boden der Verfassung stehe, genügen. Denn auf diesem Boden war sie ja früher die Koalition — eben im Staatsinteresse — eingegangen. Welche Weltanschauungen und welche Wirtschaftsauf-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920050101/1